

Freie Christen für den Christus der Bergpredigt in allen Kulturen weltweit

Max-Braun-Straße 2, 97828 Marktheidenfeld

Freie Christen für den Christus der Bergpredigt
in allen Kulturen weltweit,
Max-Braun-Straße 2, 97828 Marktheidenfeld

Herrn Bischof
Dr. Stephan Ackermann
Postfach 13 40
54203 Trier

6. Juli 2011

Sehr geehrter Herr Bischof Dr. Ackermann,

das Schicksal missbrauchter Kinder bewegt uns alle, auch innerhalb der Kirche. Wie wir einer Meldung von *Radio Vatikan* vom 18. Juni entnahmen, plant die Päpstliche Universität Gregoriana in Rom im Februar kommenden Jahres ein **Symposium** zum Thema „Missbrauch, Pädophilie und Kinderschutz“. Der Organisator der Konferenz, Hans Zollner, Leiter des Instituts für Psychologie an der Päpstlichen Universität, stellte gegenüber *Radio Vatikan* fest, dass die Kirche in einem „Dilemma“ sei, denn sie könne schließlich *„nicht dem Staat vorschreiben, welche Maßnahmen er ergreift ... Wir können ja in Deutschland zum Beispiel sehen, dass es keine Verpflichtung von Seiten des Staates gibt, einen Missbrauch anzuzeigen ... In anderen Ländern, wie den USA oder Frankreich, ist dies anders. Die Kirche muss hier eine Linie finden ...“*

Wir haben den Eindruck, dass Herr Zollner hier einen ganz wichtigen Punkt angesprochen hat – einen Punkt, der es der Kirche bisher offenbar schwer gemacht hat, die klare Linie zu finden und umzusetzen, von der er spricht. Die klare Linie, die es endlich ermöglichen würde, den Sexualverbrechern im Priestertalar entschlossen gegenüberzutreten und damit unzähligen unserer Kinder zukünftiges Leid zu ersparen.

Unser Anliegen ist nun: Könnte man da nicht Abhilfe schaffen?

Könnte die Kirche nicht ihr gesamtes gesellschaftliches Gewicht, ihre zahllosen guten Kontakte zu Politikern und Journalisten in die Waagschale werfen, um hier eine längst überfällige Änderung der

Gesetzeslage in Deutschland zu bewirken? Das wäre doch die beste Prävention!

Machen Sie doch als Bischof öffentlich den Vorschlag, Sexualdelikte, ähnlich wie in zahlreichen anderen Ländern auch, anzeigepflichtig zu machen! Und wenden Sie sich mit diesem Vorschlag an den Gesetzgeber!

Es dürfte eigentlich keine Schwierigkeit sein, hier die richtigen Ansprechpartner zu finden, die ein offenes Ohr für Anliegen der Kirche haben. Denken Sie nur allein an die zahlreichen Bundestagsabgeordneten, die Mitglieder im Zentralkomitee der deutschen Katholiken sind: Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse (SPD), Wirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP), Forschungsministerin Annette Schavan (CDU), SPD-Schatzmeisterin Barbara Hendricks, Hermann Kues (CDU) und Josef Winkler (Die Grünen). Oder denken Sie an den katholischen Bundespräsidenten Christian Wulff. Oder die Abgeordnete Maria Flachsbarth, „Kirchenbeauftragte“ der CDU, die dem Kardinal-Höffner-Kreis angehört. Das sind doch alles Ansprechpartner, mit denen man gut reden kann, und es gibt wirklich viele. Denken Sie etwa weiter an den CSU-Politiker Norbert Geis, ein studierter Theologe, Mitglied im Kuratorium des Forums Deutscher Katholiken und Träger des päpstlichen Gregoriusordens. Oder an die katholische SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles, die in einem Interview auf die Frage: „Nehmen Sie den Papst ernst?“ antwortete: „Aber selbstverständlich. Er ist der Chef vom Ganzen.“ Sie würde bestimmt auf sie hören. Oder denken Sie an die CDU-Abgeordneten Thomas Dörflinger (Kolping-Bundeschef), Marie-Luise Dött (Vorsitzende des Bundes katholischer Unternehmer) oder Ingrid Fischbach (Vorsitzende des Katholischen Deutschen Frauenbundes). Oder auch der katholische Regierungssprecher Steffen Seibert, und sicher kennen Sie sogar noch mehr aufgeschlossene Politiker.

Wo ein Wille ist, da ist bekanntlich auch ein Weg. All diese Politiker werden sicher der Kirche helfen, rasch eine gute gesetzliche Regelung zu finden, ähnlich wie z.B. in Frankreich oder den USA. Und das wäre dann einmal ein deutliches und positives Zeichen auch für die Öffentlichkeit, dass es für die Kirche nur einen Weg gibt: den der unumkehrbaren und uneingeschränkten Aufklärung! Es wäre ein Zeichen dafür, dass der Worte genug gewechselt sind und dass es nun um Taten geht!

Und diese Taten drücken sich immer auch in äußerlich sichtbaren Zeichen aus, etwa in einer angemessenen und unbürokratischen

finanziellen Entschädigung für die Opfer. Dies kann zwar das unendliche Leid nicht aufheben, das sie durchmachen, aber es wäre ein Lichtblick, dass sie in ihrer Verzweiflung wenigstens ernst genommen werden.

Wir wollen mit diesem Aufruf die wissenschaftliche Kompetenz der päpstlichen „Experten“ keineswegs in Frage stellen. Doch für die Opfer, die in vielen Fällen einen regelrechten „Seelenmord“ durchlaufen haben, wäre ein solches gesetzgeberisches Signal, verbunden mit einer großzügigen Entschädigung, wichtiger als viele wissenschaftliche Symposien. Vielleicht könnte man sich, wenn man so verfährt, das Symposium gleich ganz sparen und das Geld dafür (250.000 Euro laut kath.net) direkt an die Betroffenen verteilen? Das würde von der Öffentlichkeit sicher sehr positiv aufgenommen werden!

Über eine Antwort würden wir uns sehr freuen. Warten Sie nicht auf Ihre Bischofskollegen, sondern geben Sie Ihrem Herzen einen Ruck und gehen Sie voran!

Mit freundlichen Grüßen,



(Dieter Potzel)

P.S.: Da die Angelegenheit so wichtig ist, haben wir vor, auch die Öffentlichkeit über diesen Briefwechsel zu informieren.